

Braunschweigs rote Seiten

Stadtzeitung
der DKP Braunschweig

November 2015

Unsere Willkommenskultur heißt: Zusammen kämpfen!

**Wir lassen uns nicht spalten.
Gemeinsam gegen Rassismus und
NATO-Kriege!**

**Gemeinsam für Mindestlohn und
bezahlbaren Wohnraum!**

Mehr als 60 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht. Sie fliehen vor Kriegen, Verfolgung und Armut vor allem aus Syrien, Afghanistan und Somalia. Die meisten suchen Zuflucht in den Nachbarländern, nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge macht sich auf die gefährliche Reise nach Europa. Allein in diesem Jahr sind mehr als 2.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Der EU-Militäreinsatz – angeblich gegen sogenannte Schlepperbanden – richtet sich faktisch gegen die Flüchtlinge selbst und wird diese Zahl noch erhöhen.

Der Hauptverursacher für Flucht ist die NATO. Ob Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Libyen oder die Ukraine – bei jeder Schweinerei ist die NATO mit dabei. Unter dem Dach des Militärbündnisses kämpfen die imperia-

listischen Staaten um die Aufteilung der Welt nach ihren Interessen. Neben den USA ist auch die deutsche Bundesregierung führend an den Kriegseinsätzen der NATO beteiligt. Die deutsche Bundesregierung ist also unmittelbar mitverantwortlich für das Flüchtlingsdrama. Die Menschen kommen hierher, weil Merkel & Co. ihre Länder zerstören.

**Kriege aus Deutschland
stoppen!**

Das Flüchtlingselend zu beenden, heißt die NATO-Kriege zu stoppen und Widerstand zu leisten:

- Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr
- Gegen die Destabilisierung von Regierungen, die sich dem Willen der imperialistischen Länder nicht unterordnen
- Gegen die NATO-Kriegführung unter anderem mit Drohnen von US-Stützpunkten auf deutschem Boden in

Fortsetzung auf Seite 4

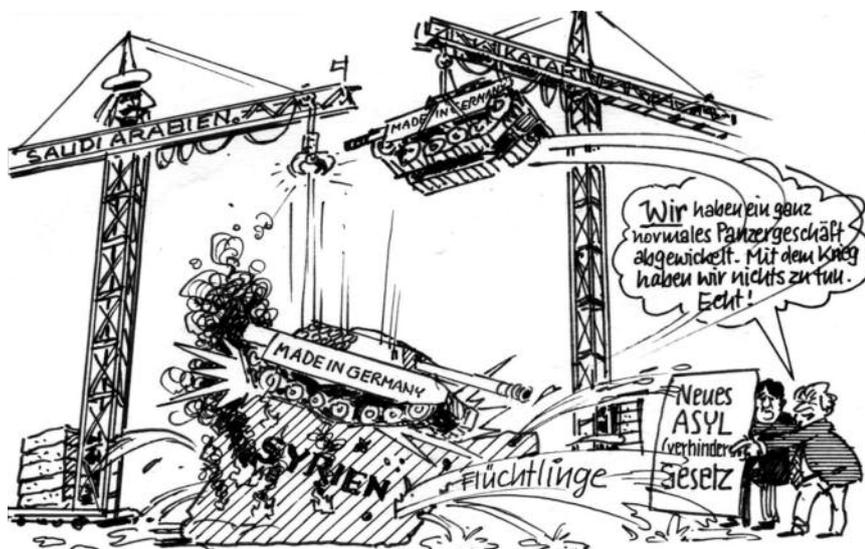


9. November - ein Gedenk- und ein Kampftag

Der 9. November macht wie kein anderer Tag auf Ereignisse der deutschen Geschichte aufmerksam:

Ein Tag der Revolution, des faschistischen Putsches, ein Höhepunkt der antisemitischen Pogrome, der Tag an dem die DDR ihre Grenzen öffnete.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Neofaschisten diesen Tag mit ihren rassistischen, menschenverachtenden und kriegstreiberischen Inhalten prägen!



9. November - historisch

9. November 1848:

Standrechtliche Hinrichtung von Robert Blum:

Mit der Erschießung des republikanischen Parlamentsabgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung nach dem Oktoberaufstand in Wien wurde zugleich auch die parlamentarische Immunität Blums durch die Militärführung im Dienst des österreichischen Kaiserhofs gebrochen.

Die Niederschlagung des Wiener Oktoberaufstands und die Hinrichtung Blums gilt als offene Kampfansage der herrschenden Vertreter einer reaktionär-restaurativen politischen Ordnung gegen das aus der bürgerlichen Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes hervorgegangene erste demokratisch gewählte gesamtdeutsche Parlament.

Die Hinrichtung Blums markiert einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Deutschen Revolution von 1848/49 als Anfang vom Ende dieser Revolution.

9. November 1918 – Novemberrevolution

Karl Liebknecht, Spartakusbund, ruft die als Räterepublik gedachte Freie Sozialistische Republik Deutschland aus.

Liebknecht wird zwei Monate später zusammen mit Rosa Luxemburg am 15. Januar von reaktionären Freikorps ermordet.

Ergebnisse der Novemberrevolution:

- Der erste Weltkrieg wurde beendet.
- Die Monarchie verschwand von der Bildfläche, d.h. der Feudalismus wurde beseitigt. Es entstand eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie und in ihr Rechte und Freiheiten, wie z.B. (chronologisch):
- das allgemeine Wahlrecht/Frauenwahlrecht
- Beseitigung der Gesindeordnung und damit Beseitigung personenbezogener Herrschaft und Willkür
- Einführung der Arbeitszeitverordnung am 23.11.1918 incl. Einführung des Acht-Stunden-Tages,
- Einführung von Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenhilfe durch Verordnung am gleichen Tag

- Tarifvertragsverordnung vom 23.11.1918, d.h. Vorrang des Tarifvertrags vor Einzelarbeitsvertrag

- Generelle Notwendigkeit der Bildung von Arbeiterausschüssen (23.11.1918)

- Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der abhängig Beschäftigten

- Koalitions- und Versammlungsfreiheit

- Kündigungsschutz, Arbeitsschutzbestimmungen, Mutterschutz

- Abschaffung der Zensur

9. November 1923 – Hitler-Ludendorff-Putsch in München:

Erstmals international wahrgenommenes Auftreten der deutschen Faschisten. Der bis dahin in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannte Parteichef der 1920 aus der Deutschen Arbeiterpartei hervorgegangenen NSDAP, Adolf Hitler, scheitert mit seinem Putschversuch bereits nach wenigen Stunden vor der Münchner Feldherrnhalle, wo es zu 16 Todesopfern kommt. Er wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, aber bereits nach neun Monaten „wegen guter Führung“ vorzeitig unter Auflagen aus der Haft entlassen.



9. November 1938

Bis in die Gegenwart ist die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 als „Reichskristallnacht“ bekannt.

9./10. November 1938 Braunschweig: Zerstörung der Synagoge

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurde das Gebäude der Synagoge nach jahrzehntelanger Nutzung in einen Trümmerhaufen verwandelt. Wie viele andere jüdische Gebäude, z.B. zahlreiche Kaufhäuser, und Privatwohnungen, fiel das Gotteshaus in der zynisch so bezeichneten Reichskristallnacht dem nationalsozialistischen Fanatismus zum Opfer.

Die nach diesem Attentat beginnenden Ausschreitungen gegen Juden im Deutschen Reich, die man von Seiten der Regierung und in der Presse als 'spontanen Volkszorn' darzustellen versuchte, waren von den Faschisten zuvor geplant worden. Die Gestapo-Zentrale Berlin sandte unter anderem auch an Braunschweigs Geheimpolizei folgendes Schreiben:

"Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reich.

In der Folge des Novemberpogroms wurden im Land Braunschweig 149 Juden, in der Stadt Braunschweig 71 verhaftet und in das KZ Buchenwald verschleppt. Erst im Dezember 1938 wurden sie unter der Auflage, umgehend zu emigrieren, freigelassen.

9. November 1989

Die DDR-Regierung öffnet ihre Grenzen zur Bundesrepublik Deutschland. Ein Jahr später verleiht sich die Bundesrepublik den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden ein. Nebend Demokratiedefiziten und Unrecht bleibt die Tatsache, dass 40 Jahre ein deutscher Staat existierte, in dem die Kapitalisten nichts zu melden hatten. 40 Jahre existierte ein deutscher Staat für den die Friedenssicherung, der Antifaschismus und Herstellung sozialer Gerechtigkeit Staatsdoktrin waren.

Der Kapitalismus darf nicht das Ende der Geschichte sein!



Ehemaliges Altenheim in der Korfesstraße

Leerstände in Braunschweig Genug Platz für Flüchtlinge!

Beheizbare Zelte, Notunterkünfte sollen aufgestellt werden, Turnhallen werden belegt, um die Flüchtling in Braunschweig unterzubringen.

Dabei stehen Gebäude seit Jahren leer, die geeignet wären, eine Menge Flüchtlinge unterzubringen.

Der Missstand ist bekannt.

Zum Beispiel das ehemalige Altenheim in der Korfesstraße und die ehemaligen Kasernengebäude in Rautheim: Die Gebäude stehen seit Jahren leer. Die Besitzer verzichten auf eine Nutzung. Die Kasernengebäude sollen abgerissen werden, weil das Gelände neu bebaut wird.

So steht das Privateigentum an

potentiellem Wohnraum einer sinnvollen Nutzung im Wege.

Der Staat muss das Zugriffsrecht auf leerstehende Gebäude haben.

Bevor Flüchtlinge in Zelten oder Turnhallen untergebracht werden, müssen geeignete leerstehende Gebäude genutzt werden.

Auch der Abriss der ehemaligen Kasernengebäude kann aufgeschoben werden.

Unser Grundgesetz regelt die Sozialverpflichtung des Eigentums.

Wer soll verstehen, dass privater Leerstand akzeptiert wird und gleichzeitig Menschen unwürdig untergebracht werden?



Ehemalige Kasernen in Rautheim



Alltäglicher Kapitalismus

Der Abgasskandal hat den VW-Konzern bis ins Mark getroffen. Betrug an Kunden und Umweltbehörden, vorsätzliche Gefährdung der Gesundheit von Menschen gehören aufgeklärt und bestraft. Konsequenzen für eine andere Unternehmenskultur sind zu ziehen. Was den Fall für VW außer Kontrolle geraten lässt, ist allerdings die kapitalistische Konkurrenz. Sie bringt Regierungen, Verbände, sensationshungrige Journalisten und vor allem Anwaltskanzleien dazu, den Konzernriesen zu zerfetzen. Sicher ist die Betrugerei durch VW-Manager ein Skandal. Doch alle Beschwörung des Umweltschutzgedankens kann nicht verdecken, dass es nicht nur um die Bestrafung verantwortungsloser Manager geht, sondern um eine Schlacht im globalen Wirtschaftskrieg. Und obwohl die Kontrahenten USA und EU so tun, als seien sie Verbündete, stehen sie in erbitterter Konkurrenz zueinander. Es geht um Marktmacht, Technologieführerschaft und Einfluss, vor allem aber um Profit. Und um die politische Absicherung all dessen durch Regierungen, Behörden und auch Gerichte.

Was der Fall VW auch zeigt, ist die Verflechtung von Industrie und Politik. Jahrelang blockierten Politiker schärfere CO2 Grenzwerte, der daraus resultierende wirtschaftliche Erfolg wiederum garantierte wachsenden politischen Einfluss in Europa und der Welt. Aktuell intervenierten Merkel und Gabriel wiederum in Brüssel um die von der EU erlaubte Überschreitung der NOX-Werte drastisch zu erhöhen, zugunsten der deutschen Autoindustrie.

Und noch eins ist sicher: Egal wer diese Auseinandersetzung gewinnt, zahlen sollen immer die Belegschaften! Solange dieses Wirtschaftssystem besteht, wird (muss) die Jagd nach Höchstprofiten weitergehen – auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten, weltweit! Es sei denn, wir verändern das. Ein erster Schritt wäre die Forderung, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen und zahlen zu lassen, die mittelbar für die Krise verantwortlich sind und die jahrelang gut verdient haben: die Großaktionäre, allen voran die Familien Porsche und Piech, sowie die reaktionären Scheichs von Katar!!

Fortsetzung von Seite 1

Ramstein und vom US-Africom in Stuttgart sowie gegen die Stationierung von Atomwaffen in Büchel.

- Die US-Stützpunkte auf deutschem Boden müssen weg!
- Gegen Rüstungsexporte!
- Gegen die NATO – Deutschland muss raus aus der NATO!

Die imperialistischen Staaten gehen für ihre Interessen, für wirtschaftlichen Einfluss, den Zugriff auf Rohstoffe, Ressourcen und Handelswege über Leichen. Dazu muss es nicht immer zum heißen Krieg kommen. Für den Wirtschaftskrieg stehen heute die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Sie stehen für das weitere Ausbluten der schwachen und die Herrschaftssicherung der ökonomisch starken Länder.

Solidarität statt Hetze – wir lassen uns nicht spalten!

Die Profiteure von Kriegen und Freihandelsabkommen, die zu Verelendung und Flucht in aller Welt führen, sind die gleichen, die die Bevölkerung in Europa und den EU-Ländern und die Menschen in unseren Städten und Kommunen durch Erwerbslosigkeit und Sozialabbau in die Armut treiben: Es sind die deutschen Banken und Konzerne.

Im Interesse des deutschen Großkapitals werden die Flüchtlinge aufgeteilt in solche, die diesem nützlich sind, und solche, die schnellst möglich wieder abgeschoben werden.

Gewünscht sind qualifizierte Fachkräfte zum Beispiel aus Syrien. Bei ihnen muss nicht in teure Ausbildung investiert werden und fast nebenbei hilft man durch ihren Abzug die weitere Destabilisierung Syriens voranzutreiben.



Missbraucht werden die Flüchtlinge gleichzeitig, um den Sozialstandard in diesem Land weiter zu drücken und die Arbeiterklasse tiefer zu spalten. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff war der erste, der fordert, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen. Wir erinnern uns: In den 80ern wurden Ein-Mark-Jobs für Flüchtlinge eingeführt. Heute werden Erwerbslose gezwungen, für Ein-Euro zu schufteln.

Diese soziale Spaltung ist der Nährboden für rechte Rattenfänger von AfD über Pegida bis hin zu den militanten faschistischen Organisationen. Hier liegt die Ursache dafür, dass rechte Aufmärsche Zulauf haben und wieder Flüchtlingsheime brennen. Wir setzen dieser Spaltung unsere Solidarität entgegen. Wir stehen mit den Flüchtlinge auf der gleichen Seite der Barrikade. Wir haben den gleichen Gegner: Die Banken und Konzerne und die in ihrem Interesse regierenden Parteien. Bei ihnen ist auch das Geld zu holen. Wir müssen den Kampf um unsere Rechte gemeinsam führen.

Kämpfen wir gemeinsam:

- Für das Recht auf Ausbildung und Arbeit
- Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Für einen Mindestlohn, der diesen Namen verdient Gegen Hartz IV und das dazugehörige Sanktionssystem
- Gegen das Asylbewerberleistungsgesetz und rassistische Sondergesetze

Kämpfen wir gemeinsam:

- Gegen das finanzielle Ausbluten der Kommunen – weg mit der Schuldenbremse!
- Für menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher Hand! Für bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr, Kultur- und Sporteinrichtungen

- Für Kitaplätze, Sozialarbeiter und Jugendzentren

Kämpfen wir gemeinsam:

- Gegen Neofaschismus und Rassismus
- Für das Verbot und die Zerschlagung neofaschistischer Organisationen
- Gegen Abschiebungen und staatlichen Rassismus
- Gegen imperialistische Kriege – für internationale Solidarität

Auf den Punkt gebracht:

„Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere.

Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn.

Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden;

30 Prozent, es wird lebhaft;

50 Prozent, positiv und waghalsig;

für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß;

300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

zitiert aus: Karl Marx, Das Kapital, Band I



Deutscher Witz

Sitzen ein Banker, ein Bildzeitungsleser und ein Asylbewerber an einem Tisch mit 10 Keksen.

Nimmt sich der Banker 9 Kekse und sagt zum Bildzeitungsleser: Pass auf, dass Dir der Asylbewerber nicht Deinen Keks wegnimmt.



Kommunisten im Netz:
www.kommunisten.de
www.dkp.de
www.roter-kaefer.de

Impressum: Herausgeber: DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel, Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig